

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

89 (17.4.1917)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 75 J., 1/2jährl. 2,25 M., zugestellt durch unsere Träger 85 J. bezim. 2,55 M., durch den Postbot. 80 J. bezim. 2,67 M., durch d. Feldpost 90 J. bezim. 2,60 M.; vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelle od. deren Raum 20 J. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für größt. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geß & Cie., Karlsruhe.

Kopf hoch!

Karlsruhe, 17. April 1917.

Die Kürzung der Brotationen hat in der Arbeiterenschaft starke und durchaus berechtigte Empörung hervorgerufen, die noch größer werden wird, wenn die Einschränkung in der Ernährung sich erst fühlbar macht. Der gewährte Zusatz an Fleisch kann den Mangel an Brotnahrung nicht voll ersetzen. Es ist begreiflich, wenn angesichts solcher Folgen der bürokratischen Ernährungspolitik den Arbeitern die Geduld ausgehen droht und wenn es jetzt so schwer fällt, die Gemüter zu beruhigen.

Die auf dem Gebiete der Ernährungspolitik gemachten Fehler hätten vermieden werden können, wenn man rechtzeitig den Ratsschlüssen der Arbeitervertreter gefolgt wäre. Vergeblich haben diese immer und immer wieder die Beschlagnahme der wichtigsten Lebensmittel gefordert. Statt dessen hat die Bürokratie einen Vollenbruch von Verordnungen niedergehen lassen, deren praktische Durchführung aber daran scheiterte, daß man vor der Beschlagnahme zurückschreckte. Nur so war es möglich geworden, daß große Mengen Kartoffeln und Getreide verfüttert werden konnten.

Die Herabsetzung der Vieh- und Fleischpreise hätte schon vor 6 Monaten erfolgen müssen, statt damit zuzuwarten, bis es gar nicht mehr anders ging. In alledem kommt die Tatsache, daß wer Geld hat, immer noch Nahrungsmittel sich verschaffen kann. Für Hühner und Gänse werden Bantampreise bezahlt. Viel zu spät wurden immer die Höchstpreise festgesetzt und darin trat trotz aller schälimmen Erklärungen keine Aenderung ein. Was man in Stunden erledigen konnte, dazu brauchte die Bürokratie Wochen und Monate.

Wie haben nur die Konserverfabriken gewirtschaftet, ohne daß dagegen rechtzeitig eingeschritten wurde. Heute aber sind die Konserver so teuer, daß sie für die breite Masse des Publikums gar nicht in Betracht kommen. Und welche grandiose Schwindel hat sich auf dem Konservermarkt breit machen können. Mit einigen Federstrichen wäre das zu verhüten gewesen. Statt dessen hat man immer nur mit Viertels- und halben Maßnahmen gewirtschaftet und so das Uebel sich überwindern lassen. Nie hätte der Schleichhandel solche Dimensionen annehmen können, wenn man mit starker Hand zugegriffen hätte.

Am schlimmsten wars in Preußen. Dort hat der übermächtige Einfluß des Großagariertums die Durchführung der vom Reich angeordneten Maßnahmen immer wieder durchkreuzt. Sollte doch der preussische Landwirtschaftsminister noch vor wenigen Monaten den Mut, im Landtag zu sagen, auch die Konsumenten müßten Opfer bringen. Die preussische Ernährungspolitik war in der Hauptsache auf die Interessen des Großgrundbesitzes zugeschnitten. Alle Maßnahmen, insbesondere auch die des deutschen Städtetags haben nichts geholfen.

Jetzt in der Stunde der Not hat man in Preußen einen Ernährungsdirektor berufen, der mit kräftiger Hand in das Wespennest der Großgrundbesitzerwirtschaft hineingreift und zu retten sucht, was noch zu retten ist.

Warum hat man die Kartoffelbrennerei nicht früher verboten? Und warum läßt man ihr auch jetzt noch eine Hintertüre auf? Nur faule Kartoffeln sollen verbrannt werden dürfen. Als ob eine Rumpst dazu gehörte, die Kartoffeln anfaulen zu lassen, um sie dann verbrennen zu können.

Nun hat es aber weder Sinn noch Zweck, durch den geizt berechtigten Mangel gegenüber dieser verfehlten Ernährungspolitik sich zu unbedachten Schritten hinreißend zu lassen. Der Krieg steht jetzt auf des Messers Schneide. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Friede auf dem Marsche ist. Die russische Revolution hat durch die Wechnung der Entente einen tiefen Strich gemacht. Nur eine Hoffnung haben jetzt noch unsere Feinde, nämlich die, es könnte die russische Revolution auch auf Deutschland übergreifen. Lloyd George, der englische Premierminister und fanatische Kriegsheker, hat es ganz offen ausgesprochen, daß er und seine Kumpanen auf diese letzte Karte ihre Hoffnungen setzen. Wir haben keinen Anlaß, uns mit dieser Spekulation unserer Feinde sachlich auseinanderzusetzen. Sie wird wie alle ihre Spekulationen zu Schanden werden. Wenn jetzt die Lebensmittel bei uns so knapp geworden sind, so teilen wir dieses Schicksal mit

fast allen übrigen Völkern Europas, auch mit dem englischen. Wir befinden uns in einer Notlage, die so schwer es auch fällt, ertragen werden muß und die, wenn alles geschieht was notwendig ist, in Kürze gemildert werden kann. Die Vorbereitungen dazu sind energisch in Angriff genommen worden. Es wird niemand verhungern. Wenn wir uns vorstellen, was unsere Brüder jetzt draußen an der Front, wo tagelang ein Eisenhagel auf sie niederproffelt, auszuhalten haben, ist das was wir daheim an Einschränkungen uns auferlegen müssen, gewiß zu ertragen. Wir dürfen den Mut nicht sinken lassen, denn jetzt geht es aufs Ganze. Im Westen sieht unsere Sache gut und im Osten geht die Friedenssonne auf.

Nur eines könnte jetzt die Hoffnung unserer Feinde stärken, wenn wir zu Hause vor Mangel und Verdruß den Kopf verlieren und anstatt vom Verstand uns leiten zu lassen, vom Gefühl uns fortreißen lassen.

Arbeiter! Ihr seid die Hoffnung für die Zukunft des deutschen Volkes. In Eurer Hand ruht die Entscheidung. Laßt unser Volk die Sünden einer falschen Politik nicht vergelten. Ihr habt die Macht und die Kraft, der deutschen Politik andere Bahnen zu weisen.

Jetzt in der Stunde der Not ruft man eure Vertreter zu Hilfe, um den Karren der Ernährungspolitik endlich ins richtige Gleis zu bringen. Dabei bleibt es aber nicht. Das System der bürokratischen Obrigkeitserregung ist überlebt, es müssen andere, neue Wege eingeschlagen werden, um allen Tüchtigen die Bahn freizumachen.

Das Eis der Reaktion ist gebrochen, auch in Deutschland wird der politische Frühling seinen Einzug halten.

Jetzt aber heißt es auf die Zähne beißen und dem deutschen Volke einen ehrenvollen Frieden zu sichern. Es wäre Verrat an unseren Feldgrauen, wenn wir jetzt nicht alle Kräfte zusammenraffen würden, um den Kriegswillen der Lloyd George und Konjorten zu brechen.

Kopf hoch! Nach dem Krieg liegt es in allererster Linie an Euch Arbeiter, politische Zustände zu schaffen, bei welchen kein Raum mehr ist für irgendwelche Privilegien der Geburt und des Besitzes in den Parlamenten. Jetzt aber gilt es die Grundlage zu schaffen, auf welcher das neue Deutschland aufgebaut werden muß. Diese Grundlage ist ein ehrenvoller Friede, der es dem deutschen Volke ermöglicht, seine sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte frei und ungehindert zur Entwicklung bringen zu können.

Haltet aus und durch!

Vom Krieg.

Deutscher Tagesbericht.

Weitere englische und französische Angriffe blutig abgeschlagen.

W.B. Großes Hauptquartier, Antlisch, 16. April 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Auf dem Nordufer der Scarpe hielt unser Vernichtungsgeschütz englische Angriffswellen nieder, so daß der Sturm nicht zur Durchführung kam. Auch nordöstlich von Croisilles brachte unser Feuer einen starken Angriff der Engländer verlustreich zum Scheitern. Nördlich der Straße Arras-Cambrai warf ein Vorstoß unserer Truppen den Feind auf Lognicourt und Bourseles zurück. Zu den blutigen Verlusten der dort feststehenden Australier kam die Einbuße von 475 Gefangenen und 15 Maschinengewehren, die eingebracht sowie von 22 Geschützen, die genommen und durch Sprengung unbrauchbar gemacht wurden.

Bei St. Quentin nahm das Artilleriefeuer wieder zu. Heeresgruppe des deutschen Kronprinzen.

Zwischen Diele und Wisne sind gestern durch starkes Feuer vorbereitende Angriffe der Franzosen bei Baugailon und Chibres gescheitert.

Bei Soissons bei Reims und im Westteil der Champagne hat der Feuerkampf bei stärkstem Einsatz der Artillerie und Minenwerfer angehalten.

Nach Scheitern feindlicher Erkundungsvorstöße am 15. April ist heute morgen in breiten Abschnitten die Infanterieschlacht entbrannt.

Armee des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg

In der lothringischen Ebene und der Burgundischen Morde blieben Unternehmungen französischer Sturmtruppen gegen unsere Stellungen ohne jeden Erfolg.

Ein einheitlicher Angriff feindlicher Flieger gegen unsere Fesselballons nördlich der Aisne war ergebnislos.

Die Gegner haben zwischen Soissons und Verdun gestern 11 Flugzeuge verloren, deren Mehrzahl Maschinen neuester Bauart (Spads) sind.

Westlicher Kriegsschauplatz

Im allgemeinen geringe Gefechtsstätigkeit; nur an der Bahn Kowel-Lud verfeuerte die russische Artillerie etwa 10 000 Schuß gegen unsere Stellungen; vordringende Streifabteilungen wurden abgewiesen.

Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Der 1. Generalquartiermeister: Lubendorff.

Beginn des großen französischen Angriffs an der Aisne.

W.B. Berlin, 16. April, abends. (Antlisch.)

Bei Arras geringe Gefechtsstätigkeit.

An der Aisne hat der große französische Stoß nach 10-tägigem Massenerfeuer begonnen. An der 40 Kilometer breiten Angriffsfrente sind erbitterte Kämpfe um unserer vordersten Stellung im Gange.

Im Osten nichts Wesentliches.

Nun haben auch die Franzosen an der Aisne den Sturmangriff begonnen, nachdem sie tagelang das schwerste Artillerie-Trommel- und Minenwerferfeuer auf unsere vordersten Linien gelegt hatten. Der Kampf im Westen tobt jetzt auf einer Frontlänge von 180 Kilometern. Es ist die größte und heftigste Schlacht, welche die bisherige Geschichte kennt. Bis jetzt wurden die Angriffe der Franzosen abgeschlagen. Auch sie werden ihr Ziel — den frontalen Durchbruch — nicht erreichen.

Der Luftangriff auf Freiburg.

Berlin, 16. April. (W.B. Antlisch.) Am Samstag, den 14. April, mittags 12 Uhr, griff ein feindliches Flugzeuggeschwader von 12 Flugzeugen die offene Stadt Freiburg i. Br. an. Der Angriff wurde um 5 Uhr nachmittags von zwei weiteren Geschwadern mit zusammen 23 Flugzeugen wiederholt. Dem ruhelosen Überfall fielen leider mehrere Menschenopfer zum Opfer. Sieben Frauen, drei Männer und ein Soldat wurden getötet, 17 Frauen, 8 Männer und 2 Kinder verletzt. Die feindlichen Flieger wählten sich als Angriffsziel neben dem neuen Stadttheater vor allem die Institute und Kliniken der Universität, die Anatomie wurde beträchtlich beschädigt. Durch unsere wirksamen Gegenmaßnahmen kam der Angriff nicht voll zur Durchführung. Im Verlaufe der mit unserer zur Abwehr aufgestiegenen Fliegern sich entzündenden Luftkämpfe wurden zwei feindliche Flugzeuge bei Schlettstadt und Markkirch abgeschossen. Ein drittes wurde im Luftkampf vereint mit Beschuß von der Erde aus zum Absturz gebracht. Bezeichnenderweise sind sämtliche drei Flugzeuge englische Typen mit englischer Besatzung. Der Führer des Angriffs ist ein englischer Oberleutnant, der dabei in unsere Hand gefallen ist. Nach seinen Angaben und nach dem Inhalte eines abgeworfenen Flugblattes war der Angriff die Vergeltungsmaßregel für die Torpedierung der „Gloucester Castle“.

Die Verhütung einer solchen Begründung wird auf das entschieden bestritten. Unsere Regierung gab England zeitig genug zu verstehen, daß sie den Verkehr von fogen. Lazaretschiffen innerhalb einer genau bezeichneten Zone nicht länger dulden könne. Wenn die Engländer trotzdem unter Mißachtung unserer Warnung und unter Mißbrauch des roten Kreuzes Transporte im Sperrgebiete unternehmen, so müssen sie die Folgen ihrer Handlungsträger.

Aus Nachsicht aber offene Städte anzugreifen, ist ein billiger Ruhm. Militärisch wichtige Objekte, die den Angriff rechtfertigen können, gibt es in Freiburg nicht. So reißt sich dieser Überfall wüthig, da anderenorts nichts begründeten Überfällen auf wehrlose bündische Ortschaften an und ist ein trauriges Seitenstück zu dem Karlsruher Anberaumt vom 22. Juni 1916.

Ereignisse zur See.

Weitere 40782 Tonnen im Mittelmeer versenkt.

Berlin, 16. April. (WZB. Amtlich.) Im Mittelmeer sind nach neu eingegangenen Meldungen versenkt worden: 6 Dampfer und 4 Segler mit zusammen 40782 Tonnen, darunter am 6. April der bewaffnete englische Dampfer „Spithhead“ (4697 Tonnen) von Alexandria nach Colombo bestimmt und der französische Segler „Enbollo“ (154 Tonnen) von Malaga nach Lissabon mit Eisen, am 10. April ein englischer bewaffneter Transportdampfer von etwa 3000 Tonnen, tief beladen auf der Fahrt von Port Said und ein englischer Hilfskreuzer, Typ „Dunbar“, von etwa 12000 Tonnen von Alexandria, am 11. April der bewaffnete englische Dampfer „Imperial-Transport“ (4648 T.) von Port Said nach Malta, anfangs April nach Aussagen von englischen Kriegsgefangenen zwei Dampfer von je etwa 5000 Tonnen durch Minen versenkt worden.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Fliegerleutnant Baldamus ?

WZB. Berlin, 16. April. Wieder ist einer der besten unserer Flieger gefallen. Leutnant der Reserve Baldamus ist im Luftkampf mit einem feindlichen Flugzeuge zusammengestoßen und abgestürzt, nachdem er bisher 18 feindliche Flugzeuge abgeschossen hatte.

„Beschützer der kleinen Nationen.“

WZB. Paris, 16. April. Die Agence Radio meldet aus Washington: Ein vom Kongress angenommenes Gesetz gibt dem Präsidenten Wilson die nötigen Vollmachten, um die Abwendung von Lebensmitteln an Neutrale, welche Deutschland begünstigen, zu hindern.

Von den italienischen Reformsozialisten.

WZB. Rom, 16. April. (Agenzia Stefani.) Der Kongress der Partei der Reformsozialisten wurde in Gegenwart des Ministers Bissolati sowie Abgeordneter der Partei eröffnet. Bissolati schlug folgende Tagesordnung vor, die durch Zuzufolge angenommen wurde:

1. Der Kongress wünscht, daß das demokratische und sozialistische Rußland sich stets enger an die westlichen Demokratien anschließt, um gründlich den Kampf gegen den aggressiven germanischen Militarismus fortzusetzen, dessen Niederlage notwendig ist, um das Völkerrecht zu schaffen, das eine freie Entwicklung aller Völker gewährleistet und den Frieden sichert.

2. Der Kongress freut sich, daß die russischen Sozialisten und Proletarier zeigen, daß sie die hinterlistigen Veruche des mit dem Imperialismus zusammenhängenden deutschen Sozialismus zurückzuweisen verstehen.

3. Der Kongress vertraut vor allem darauf, daß die russische Revolution auf der Höhe der großen Aufgaben stehen wird, die ihr im gegenwärtigen entscheidenden Augenblick obliegt.

Die italienischen Sozialisten und Arbeitervertreter für ungenügende Beendigung des Krieges.

WZB. Mailand, 16. April. Der am 9. April in Mailand stattgefundene Kongress der italienischen Sozialisten und Arbeitervertreter sprach sich für ungenügende Beendigung des Krieges. Die italienischen Sozialisten mühten sich schon jetzt Stellung dazu nehmen. Sie haben aus Petersburg vertrauliche Nachrichten erhalten, aus denen hervorgehe, daß der Friede näher sei, als man bisher angenommen habe. Der Kongress faßte einen Beschluß, daß, wenn die russischen Sozialisten auf die Regierung einen Druck ausüben in der Lage seien, der die Herbeiführung eines Friedens in die Nähe rücke, auch die italienischen Sozialisten alles aufbieten würden, um diese Bestrebungen zu unterstützen. Der Kongress erklärte sich mit den Zielen der russischen Sozialisten vollständig solidarisch.

Der dänische Minister Staining über die Friedensfrage.

WZB. Kopenhagen, 16. April. In einer sozialistischen Frauenversammlung hielt heute der sozialistische Arbeiterpartei angehörende Minister Staining eine Rede, in der er ausführte, daß man den Frieden erwerbe, als ob die deutsche Sozialdemokratie mit Kopenhagen als Zwischenstadium sich bemühe, einen Sonderfrieden zwischen Rußland und Deutschland herbeizuführen. Solche Bestrebungen beständen aber nicht und würden auch wenig verständlich sein. Wir wünschen, so legte der Minister weiter dar, nicht zu einem Sonderfrieden zwischen Rußland und Deutschland beizutragen, wodurch der Krieg noch furchtbarer an anderen Stellen ausbrechen würde, aber wir wünschen, zu einem allgemeinen Weltfrieden beizutragen und behalten uns das Recht vor, jegliche Tätigkeit zu entfalten, die nach unserer Ansicht uns diesem Ziele näher bringen kann. Ich weiß, daß die deutsche Sozialdemokratie die Wünsche bezüglich eines allgemeinen Friedens teilt. Man ist sich ganz klar darüber, daß ein Sonderfriede von geringem Werte ist. Man wünscht deshalb, eine Verständigung zwischen den Völkern herbeizuführen, die den Weg zum Frieden anbahnen kann, so wie ihn alle Völker wünschen.

Friedensbemühungen der holländischen Sozialisten.

WZB. Berlin, Am 15. April tagten laut „Vorwärts“ in Haag die holländischen Mitglieder des Exekutivkomitees des Internationalen Sozialistischen Büros. Sie nahmen einerseits den Standpunkt Kerenskis an, andererseits das allgemeine Friedensprogramm, das Wilson seinerzeit in seiner Botschaft an den Senat aufgestellt hat. Sie begründeten die Veruche, der dem Internationalen sozialistischen Büro angeschlossenen Parteien, hier in gemeinsamer Aktion der Arbeiterparteien für einen dauernden Frieden mit den russischen Arbeitern in Verbindung zu treten. Die holländische Delegation beschloß baldigst nach Stockholm zu reisen, um eine internationale sozialistische Konferenz zustande zu bringen, in der auch die Widerheiten einbezogen werden sollen.

Die Nahrungsmittelnot in England.

WZB. Berlin, 16. April. Die „Times“ erklärt: Die Behörden sollten über die Lebensmittelnappheit vollkommen offen sein. Viel offener als sie es bisher gewesen sind. Es ist eine Tatsache, daß wir knapp an Weizenmehl sind, viel knapper als an irgend einem anderen Artikel. Auch die Admiralität sollte mehr als bisher dafür tun, damit das Volk die Bedeutung der Schiffsverluste durch die Boot-Boote einzieht. Die Admiralität ist zwar hinsichtlich der Schiffsverluste offen, aber nur in einer gewissen Weise, bei der sich das Durchschnittspublikum nicht denken kann. Wenn wir Woche für Woche erfahren würden, wie viele Schiffe versenkt wurden, sowie wie viele Lebensmittel dabei untergegangen sind, dann würde das Volk in ganz anderer Art begreifen, was die Schiffsverluste wirklich zu bedeuten haben.

Die Londoner „Nation“ schreibt: Carson entwickelt sich zu einem vollständig unbefriedigenden Leiter der Admiralität. Am 21. Februar hatte er deutlich erklärt, daß er gegen jede Verheimlichung der Wirkung des U-Bootskrieges sei. Er versprach, mit dem Unterdrückungssystem zu brechen. Jetzt ist aber die Art der Bekanntmachung viel undurchsichtiger als in irgend einer früheren Zeit und er täte gut, sie entweder ganz einzustellen oder von Grund aus zu ändern. Zurzeit sind die Bekanntmachungen so irreführend, daß sie für den deutschen Vorwurf, sie seien un wahr, Anhaltspunkte geben. Die wirklichen Verluste sind außerst ernst, aber aus den veröffentlichten Berichten gehen sie nicht immer hervor. Es ist höchste Zeit, daß wir begreifen, wie ernst die Verluste sind, die sich hinter diesen Zahlen verbergen, da hierin die Entscheidung des Krieges abhängt.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland.

Genf, 16. April. Die Agence Havas meldet aus Buenos Aires: In der Antwortnote des Ministers des Auswärtigen auf die Demarchierung Brasiliens, daß es die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen habe, heißt es: Die argentinische Regierung, die die Grundzüge des Völkerrechts vertritt, hat bereits ihr Urteil ausgesprochen. Sie würdigt gebührend die Haltung Brasiliens, sowie die Erklärung, daß diese Haltung durch die oben erwähnten Grundzüge bewirkt wird und drückt Brasiliens seine aufrichtigsten Gefühle der Brüderlichkeit aus.

Chile bleibt neutral.

WZB. Wien, 16. April. (Nicht amtlich.) Wiener Corr. Büro. Der chilenische Gesandte teilte im Anwärigen Untenamens seiner Regierung mit, daß die Republik Chile gegen die Monarchie und das Deutsche Reich auch weiterhin Neutralität beobachten werde.

Mexiko bleibt neutral.

WZB. Mexiko, 17. April. (WZB. Nicht amtlich.) Meldung des Reuterschen Büros. Carranza erklärte im Kongress, daß Mexiko im Weltkrieg eine strikte Neutralität einhalten werde.

Die Revolution in Rußland.

Eine Entschädigung des russischen Arbeiter- und Soldatenrates.

WZB. Petersburg, 16. April. (Nicht amtlich.) Petersburger Tel. Agentur. Der Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenrates aus ganz Rußland hat gestern abend die Beratung über seine Haltung gegenüber der provisorischen Regierung beendet und folgende Entschädigung angenommen:

1. Die provisorische Regierung, die sich während der Revolution in Uebereinstimmung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat von Petersburg bildete, hat eine Erklärung veröffentlicht, die ihr Programm angibt. Der Kongress stellt fest, daß dieses im Prinzip die politischen Ansprüche der russischen Demokratie enthält und daß die provisorische Regierung bisher die eingegangenen Verpflichtungen treulich erfüllt hat.

2. Der Kongress fordert die gesamte revolutionäre Demokratie auf, sich um den Arbeiter- und Soldatenrat zu scharen, der den Mittelpunkt der organisierten demokratischen Kräfte bildet, die zusammen mit anderen fortschrittlichen Kräften in der Lage sind, jeglichen Versuch einer Gegenrevolution abzumenden und die Errungenschaften der Revolution zu bekräftigen.

3. Der Kongress ist überzeugt von der Notwendigkeit einer dauernden politischen Kontrolle und von der Notwendigkeit eines Einflusses auf die provisorische Regierung, um diese zum tatsächlichen Kampf gegen die antirevolutionären Kräfte anzutreiben, ferner von der Notwendigkeit einer Einflusnahme, um sie zu verpflichten, das gesamte Leben Rußlands zu demokratisieren und einen gemeinsamen Frieden vorzubereiten, ohne Annexionen und Kriegsenttäuschung, aber auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker.

4. Der Kongress lehnt zwar die Verantwortung für die gesamte Tätigkeit der provisorischen Regierung ab, fordert aber die Demokratie auf, sie zu unterstützen insofern sie die Errungenschaften der Revolution zu befestigen sucht und ihre Politik nach außen sich nicht auf Bestrebungen auf Gebietsausdehnungen gründet.

5. Der Kongress fordert die revolutionäre Demokratie Rußlands auf, sich um den Arbeiter- und Soldatenrat zu scharen, um sich bereit zu halten, kräftig jeden Versuch der Regierung zurückzuweisen, sich mit der Demokratie in Widerspruch zu setzen oder auf die Ausführungen der eingegangenen Verpflichtungen zu verzichten.

Die Entschädigung wurde unter allgemeinem Beifall einstimmig angenommen.

Die Friedensströmung in Rußland.

Stockholm, 16. April. In der Friedensfrage scheint sich in Petersburg bei den täglichen Versammlungen und Straßenkundgebungen die zutage tretende Meinungsverschiedenheit eigentlich nur noch auf die Frage eines allgemeinen oder Sonderfriedens zu beziehen. Die aus der Schweiz in Schweden eingetroffenen russischen Revolutionäre äußerten, daß sie nach 14 Tagen schon an der Spitze einer Friedensdeputation zurückkehren wür-

den. Selbstverständlich wolle man einen allgemeinen Frieden; sollten aber die Westmächte, besonders England, Schwierigkeiten machen, so werde Rußland auch vor einem Sonderfrieden nicht zurückschrecken.

Der Arbeiterausschuß verlangt den Rücktritt Miljukoffs.

Bern, 16. April. „Daily Telegraph“ meldet aus Petersburg, ein neuer Schritt des revolutionären Arbeiterausschusses bei der provisorischen Regierung verlange den Rücktritt Miljukoffs.

friedensgerüchte aus Dänemark.

W. Odense, 15. April. „Dansk Social Democrat“ schreibt: „Es ist kein Geheimnis mehr, daß unoffizielle Friedensverhandlungen geführt worden sind. Da sie indessen abgebrochen wurden, haben die Mächte insofern Recht, wenn sie die Gerüchte von Friedensverhandlungen als unzutreffend bezeichnen. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, sind jedoch Bemühungen mit gesteigerter Kraft von anderer Seite wieder aufgenommen worden, und wir können hinzufügen: auf Veranlassung von Sozialdemokraten. Wir haben Grund anzunehmen, daß die Russischen in diesem Augenblicke nicht ganz so schwarz sind.“

Das Wort schreibt ferner, daß die Proklamtion des russischen Ministerpräsidenten als ein weltgeschichtliches Ereignis betrachtet werden muß, und daß der Ministerpräsident sowie der Justizminister Kerenski gerade in diesem Augenblicke wohl wissen dürften, daß Deutschland zu ähnlichen Bedingungen wie Rußland zum Frieden bereit sei. Es wird aus absolut zuverlässiger Quelle berichtet, daß Deutschland bereit ist, Belgien und Serbien wieder herzustellen, Frankreich zu räumen und gemeinsam mit der Türkei mit Rußland eine Vereinbarung über die freie Durchfahrt durch die Dardanellen zu treffen. Auch betreffs der polnischen Frage scheint eine Verständigung getroffen worden zu sein. Die russische Regierung ist hierin unterrichtet. Von seiten der Zentralmächte, Frankreichs, Rußlands und der Balkanländer scheiner deshalb alle Grundlagen für einen Frieden nunmehr vorhanden zu sein. Der Widerstand liegt aber bei England“, fügt der Gewährsmann des Wortes hinzu, indem England ganz unerfüllbare Forderungen stellt; es verlangt sogar Abtretung deutscher Gebiete, Deutschland soll, so fordert England, Helgoland und damit die Beherrschung des Meereskanals und der großen deutschen Nordseehäfen an England abtreten.“

Der Gewährsmann des Wortes, der als ein „hochstehender Diplomat“ bezeichnet wird, versichert zum Schluß, daß wir vor dem 1. Juli den Frieden haben dürften.“

Aus der Partei.

Konferenz des sozialdemokratischen Vereins des 11. Badischen Reichstagswahlkreises Mannheim-Schwetzingen-Heidelberg.

Eine von 60 stimmberechtigten Delegierten besuchte Wahlkreis-Konferenz des sozialdemokratischen Vereins für den 11. badischen Reichstagswahlkreis fand am 15. April in Mannheim statt.

Der Reichstagsabgeordnete des Kreises Genosse Oskar Ged hielt ein Referat über die gegenwärtige Lage der deutschen und internationalen Sozialdemokratie, dabei die Politik der Partei in Deutschland zu der der Sozialisten des feindlichen Auslandes in Vergleich stellend. Seine Ausführungen kamen darin aus, daß die zukünftigen Aufgaben, welche im Interesse der werthvollen Bevölkerung gelöst werden müssen, ein einiges Handeln der Partei erfordern. Den Haren Darlegungen wurde mit größter Aufmerksamkeit gefolgt. Dem Referat folgte eine ausgiebige Aussprache, an der sich vier Redner, die sich als Anhänger der Opposition bekamen, und zwei, die die Politik der Partimehrheit billigten, beteiligten.

Parteireferat Genosse Strobel legte nachstehende Resolution, die Politik der Partei betreffend, vor, welche einstimmig angenommen wurde, sie lautet:

„Die Wahlkreis-Konferenz nimmt mit Befriedigung Kenntnis von den mausgeschritten und gerade jetzt wieder mit Aufbruch betätigten Bemühungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes zur Herbeiführung eines baldigen Friedens.“

Aufs höchste bedauert die Konferenz das jetzige Verhalten der Bruderparteien in England und Frankreich, welche nicht nur jeden Druck auf ihre Regierung im Sinne des Friedens unterließen, sondern auch bis heute jede internationale Verständigung mit den Sozialisten der Zentralmächte ablehnten.

Die Konferenz anerkennt nach wie vor die Pflicht der Landesverteidigung und fest das Vertrauen in die Reichstagsfraktion und den Parteivorstand, daß sie ihre Bemühungen zur Herbeiführung des Friedens fortsetzen.“

Eine zweite Resolution nimmt Stellung zur Organisationsfrage und wurde von Strobel begründet. Diese Resolution ist gegen 10 Stimmen angenommen worden und lautet:

„Die Konferenz des sozialdemokratischen Vereins für den 11. badischen Reichstagswahlkreis hält die Einheit und Geschlossenheit der Parteiorganisation zuecks Erfüllung der im Interesse des werthvollen Volkes notwendigen Aufgaben, während und nach dem Kriege, für dringend geboten.“

Aufs entschiedenste beurteilt sie die Bestrebungen zur Bildung von Sonderorganisationen, die nur die Aktionsfähigkeit der Arbeiterbewegung, zum Nachteil der Arbeiterklasse, lähmen. Eine tatsächliche Aussprache über die prinzipiellen und tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei hält die Konferenz im Rahmen der Organisation für geboten und möglich.

Dagegen hält es die Wahlkreis-Konferenz als mit der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei Deutschlands unvereinbar, daß eines ihrer Mitglieder gleichzeitig Mitglied einer Organisation der Oppositionsgruppen ist und für diese mündlich oder schriftlich Propaganda macht. Die Konferenz betrachtet alle diese Mitglieder als aus der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und damit aus der Wahlkreisorganisation ausgeschlossen.“

Eine sehr lange Resolution, eingebracht von den Angehörigen der Opposition, welche der Landeskonferenz in Offenburg zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollte, wurde gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Der 2. Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Landeskonferenz in Offenburg“ wurde eingehend erörtert. Als Delegierter wurde einstimmig Genosse Adam Kemmle, welcher Anhänger der Reichstagspolitik ist, gewählt.

Nach Erledigung sonstiger internen Angelegenheiten fand die sehr anregend verlaufene Konferenz nach fünfjähriger Dauer um 7 Uhr ihr Ende.

Nr. 8
4
lehten
4. Quart
selben w
sprache b
da sind,
rieten, o
der Lage
nachstom
Rahmung
nung;
die Grün
Konferenz
fragen d
Landes, u
mirren St
an der si
beteiligten
die richtig
die Münde
Berbleiben
über wuc
feste Org
des Tisch
ist. Es g
Richtung,
beschlossen
seine Gen
beauftragt

Der

reichlich
Erklärung
mit Rußl
los sind,
welchem
in dem R
beß das
niedrig
erhöht
nicht,
Kessanz
mit einem
schaft zu
Dabei
ordnung
der Stun
land von
russische
gen müsse
oberun
In ab
ungarische
„Es to
ungarisch
Lichter
leben -
Oesterrei

Posther
weist ihr
Sie verfüg
kraft, ohn
zeit au hu
Pärchen
künftige M
stete Frau
Dreht im
glettet das
Stellen,
Sehr gewi
des Zuden
Sollolo
gegen Her
schwimmen
position ein
Lenor. un
Körner
mühter
seinem ber
Juden, als
selber Auf
kaum auch
übertrieben
qualvoll in
sehende in
Mains zur
nach von i
Wunsch jed
Momente I
Ihr Spiel
sie ihre O
ortite Sau
schlecht un
so ausdau
nicht änd
Neben sein
fugene Dr
richte als
schlechte
gewichtige
fanatische
an Unter
Belonder
vionaltags
die Kriegs
den in den
der Gelegen
die Provin

gemeinen
England,
auch vor
sichreden.
Wilkofss.
aus Be-
ationären
rlichen Re-
ffs.

Däne-

rat" schreibt:
Friedens-
ie indessen
recht, wenn
streichend be-
en, sind jedoch
inherer Seite
zufügen: auf
und anzuneh-
ht ganz so

on des russi-
es Ereignis-
äsident Woon
n Augenblicke
Bedingungen
wird aus ab-
Deutschland
Frankreich zu
eine Verein-
en zu treffen
andigung ge-
hieron un-
s, Russlands
nen für einen
nd liegt ober
janzu" in dem
es verlangt
U, so fordert
g des Meier
England ab-

hochstehend
daß wir vor

1. Badischen
Reinheim

de Wahlkreis
11. badischen
et in hat.
Oskar Ged
Deutscher
der Partei in
Auslandes in
sich an, daß
er wertvollen
Handeln der
mit größter
ausgiebige
Angehänger der
der Partei-

ehende Refe-
e in film.

ung Kenntnis
mit Nachdruck
Reichstagsfrat-
ines baldigen

ge Verhalten
sche nicht nur
iebens unter-
le Bestände
haben.

der Lan-
Reichstagsfrat-
ans zur Her-

Organisations-
Resolution ist

ins für den
und Geschlo-
im Interesse
während und

gen zur Wis-
stehigkeit der
lähnen. Eine
tischen Me-
Konferenz

il der Zuge-
lands unent-
tägliche einer
diese münd-
onferenz be-
demokratisch
sorgfältig

Angehänger
n Offenburg
gegen 13

me zur Lan-
s. Als Dele-
e. e., welcher

en fand die
diger Dauer

4. Durlach, 16. April. Die Parteiverammlung am letzten Sonntag behandelte als ersten Punkt Abrechnung vom 4. Quartal 1916/17, sowie die Jahresabrechnung für 1916/17. Dieselben wurden unbeauftragt entgegengenommen. In der Aussprache hierüber wurde bemängelt, daß immer noch einige Genossen da sind, die noch nicht dazu gekommen sind, ihre Beiträge zu entrichten, obwohl dieselben vermöge ihres Einkommens sehr wohl in der Lage wären, ihren Verpflichtungen der Partei gegenüber nachzukommen. Es wurde beschlossen, denselben eine schriftliche Mahnung zugehen zu lassen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zur Landeskonferenz, gab Genosse Weber die Gründe bekannt, die den Landesvorstand veranlaßt haben, die Konferenz einzuberufen. In der Hauptsache gelte es, neben den Fragen der Organisation ähnlich wie in verschiedenen anderen Landes- und Bezirksorganisationen zu den gegenwärtigen Parteimitgliedern Stellung zu nehmen. In der darauf folgenden Diskussion, an der sich die Genossen Kundermann, Schuder und Horst beteiligten, kam zum Ausdruck, daß die Politik der Parteimehrheit die richtige sei, nur glaube Genosse Schuder, daß man gegen die Minderheit nicht so hart vorgehen solle, um denselben das Verbleiben in der Partei nicht unmöglich zu machen. Demgegenüber wurde betont, daß, nachdem sich die Minderheit jetzt eine feste Organisation gegeben hat (durch die Beschlüsse in Gotha), das Tischgespräch zwischen denselben und der Gesamtpartei zerrissen ist. Es gelte jetzt Farbe zu bekennen, für die eine oder die andere Richtung. Auf die Anregung des Vorsitzenden wurde dann noch beschlossen, in Anbetracht der derzeitigen Verhältnisse dieses Jahr keine Generalversammlung abzuhalten und der jetzige Ausschuß beauftragt, die Geschäfte weiterzuführen.

Der diplomatische Kampf um den Frieden.

Zwei gleichzeitig von der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung am Sonntag veröffentlichte Erklärungen lassen darauf schließen, daß die Bemühungen, mit Russland eine Verständigung zu erzielen, nicht aussichtslos sind. In der „Nordd. Allg. Ztg.“ erschien ein Artikel, in welchem unter Bezugnahme auf die Erklärung der provisorischen Regierung in Russland u. a. gesagt wird, daß es wieder in dem Wunsche noch im Interesse der Mittelmächte liege, daß das russische Volk aus dem Kampfe erniedrigt oder in seinen Lebensbedingungen erschüttert hervorgehe. Sie beabsichtigen nicht, Ehre oder Freiheit des russischen Volkes anzutasten, und haben keinen anderen Wunsch, als mit einem zufriedenen Nachbarn in Eintracht und Freundschaft zu leben.

Dabei liegt es Deutschland völlig fern, sich in die Neuordnung der russischen Verhältnisse einmischen oder gar in der Stunde, wo die russische Freiheit geboren wurde, Russland von neuem bedrohen zu wollen. Wenn das russische Volk noch weitere blutige Opfer für den Krieg bringen müßte, so nur deshalb, weil seine Verbündeten ihre Eroberungen und Annexionen durchziehen wollen.

In ähnlichem Sinne ist die Erklärung der österreichisch-ungarischen Regierung gehalten, in welcher es u. a. heißt: „Es kann demnach festgestellt werden, daß die österreichisch-ungarische Regierung und die provisorische russische Regierung in gleicher Weise einen für beide Teile ehrenvollen Frieden anstreben — einen Frieden, welcher, wie es in dem Friedensangebot Österreich-Ungarns und seiner Verbündeten vom 12. Dezember

1916 heißt, Dasein, Ehre und Entwicklungsfähigkeit der kriegführenden Staaten sichert. Die damals ausgesprochene Ueberzeugung der Verbündeten, daß ihre Rechte und begründeten Ansprüche sich mit denen der anderen Nationen widerspruchlos vereinigen lassen würden, besteht heute nach der Erklärung der provisorischen russischen Regierung im verstärkten Maße fort.

Da hiermit der ganzen Welt und insbesondere den Völkern Russlands klar vor Augen geführt erscheint, daß Russland nicht mehr gezwungen ist, für seine Verteidigung und für die Freiheit seiner Völker zu kämpfen, kann es bei dieser Gleichheit der Ziele der Regierungen der Verbündeten und der provisorischen Regierung Russlands nicht schwer sein, den Weg der Verständigung zu finden — dies um so weniger, als Seine Majestät der Kaiser von Österreich und Apostolische König von Ungarn in Uebereinstimmung mit den ihm verbündeten Monarchen den Wunsch hegt, in Zukunft mit einem in seinen inneren und äußeren Lebensbedingungen gesicherten und zufriedenen russischen Volk in Frieden und Freundschaft zu leben.“

Zu diesen Erklärungen schreibt unser Berliner Mitarbeiter:

Die Antworten der Regierungen von Deutschland und Österreich-Ungarn auf die Erklärung der provisorischen Regierung Russlands zeigen, daß der Entscheidungskampf um den Weltfrieden einen neuen Höhepunkt erreicht hat. Fieberhafte Anstrengungen werden von den Westmächten gemacht, um das in sich zusammenstürzende Kriegsgewitter frisch anzufachen. England überschwenkt Petersburg mit seinen Agenten und mit seinem Geld und greift geradezu zu verwerflichen Mitteln, um die Friedenspropaganda in Russland niederzuhalten. Die Festhaltung des dänischen Genossen Voghberg an der russischen Grenze, die Verhinderung zahlreicher pazifistisch gesinnter russischer Flüchtlinge, ihr Vaterland zu erreichen, ist zweifellos auf englischen Einfluß zurückzuführen.

Auf der anderen Seite haben die Mittelmächte die Politik des 12. Dezember aufs kräftigste wieder aufgenommen. Kämpfen die Westmächte mit allen diplomatischen Mitteln um den Krieg, so kämpfen sie mit allen diplomatischen Mitteln für den Frieden. Die Erklärungen, die in der Nacht zum 15. April von Berlin und Wien ausgegangen sind, sind neue Aktionen einer mächtigen Friedensoffensive. Die Hoffnung, diesmal den Erfolg zu erringen, ist in Wien besonders groß. Die Neuierung des Ministers des Auswärtigen, Grafen Czernin, das furchtbare Drama des Weltkrieges näherte sich seinem Ende, ist vielleicht etwas voreilig optimistisch. Aber der Hoffnung, der sie Ausdruck gibt, wird sich kein fühlendes Menschenherz verschließen wollen.

Die Erklärungen von Berlin und Wien sind so gehalten, daß sie auch dem leidenschaftlichsten Friedensfreund zu Kritik wenig Anlaß bieten.

Eine erfreuliche Ergänzung der deutschen Erklärung liefert die österreichische, indem sie versichert, daß sich Russlands Verzicht auf die Absicht, „gewalttätig fremdes Gebiet zu besetzen“, mit den Wünschen und Absichten Österreichs vollständig deckt.

Ereilich ist an der deutschen Erklärung, daß sie die noble Absicht des russischen Volkes, seinen Verbündeten treu zu bleiben, ohne weiteres anerkennt. Dem Gedanken, daß Deutschland einen Sonderfrieden mit Russland anstrebe, um dann desto kräftiger über Russlands bisherige Verbündete herfallen zu können, wird damit die Tür verriegelt. Deutschland will Russland nicht zur Untreue an seinen Bundesgenossen verleiten, es will aber, daß Russland innerhalb der Einteile seinen ganzen Einfluß für einen allgemeinen Frieden einsetzt, der den übereinstimmenden Ansichten der russischen und der deutschen Regierung entspricht.

Der Wert der deutschen Erklärung wird weiter dadurch erhöht, daß sie Russland in kaum verbüllten Worten einen auf stillschweigender Vereinbarung beruhenden Waffenstillstand anbietet.

Man kann also kaum leugnen, daß die Mittelmächte in ihrem Bestreben, einen baldigen Frieden herbeizuführen, bis nahe an die Grenze des Möglichen gehen.

Ausland.

Die Demokratie marschiert auch in Oesterreich!

Der Wiener Bürgermeister Dr. Weissbacher beantragte in der Gemeinderatsitzung vom Freitag die Wahlrechtsinterpellation unserer Genossen:

„Mit der gespanntesten Aufmerksamkeit hat die Wiener Bevölkerung die letzten Neuierungen des Ministers des Inneren Grafen Czernin zur Kenntnis genommen und mit aufrichtigem Danke dafür wir feststellen, daß sich die Haltung unserer Regierung in der Friedensfrage vollkommen im Einklang befindet mit den Wünschen und Hoffnungen der gesamten Bevölkerung. Ob Bürger oder Arbeiter, wir sind einig darin, unser Bestes zu geben für unsere Freiheit und unser Leben im geliebten Vaterlande. Wir sind aber auch darin einig, daß unsere Feinde, sobald sie diese unantastbaren Rechte auch für uns und unser Land anerkennen, die Hand zum Frieden geboten werde. Ich habe es als meine Pflicht erachtet, dem Minister des Inneren für seine Stundgebung und seine Haltung in der Friedensfrage im Namen der gesamten Wiener Bevölkerung zu danken.“

Ueber die Erweiterung des Gemeindevahlrechts unter Einbeziehung der Frauen in das aktive und passive Wahlrecht erklärte Bürgermeister Weissbacher, es sei ein Gebot der Pflicht, allen, die im jetzigen Kriege ein solches Verdienst beweisen könnten, einen stärkeren Einfluß auf die städtische Verwaltung einzuräumen. Er habe bereits den Magistrat beauftragt, dieser Forderung der Billigkeit gerecht zu werden, wobei auch die Frage des Frauenwahlrechts zu behandeln sei. Der Bürgermeister schlug die Bildung eines Ausschusses zur Neuordnung der Gemeindevorfassung und des Gemeindevahlrechts vor.

Deutsches Reich.

Der Hauptausfluß des Reichstags

solle seine Arbeiten am 17. April wieder aufnehmen. Da jedoch in diesen und den folgenden Tagen der Militär- und der Marineetat nicht verhandelt werden können, so wird der Hauptausfluß erst am 24. April zusammentreten, also dem gleichen Tage, an dem das Plenum seine Verhandlungen wieder aufnehmen sollte. Da der Hauptausfluß für die Plenarverhandlungen noch nicht genügend Beratungsstoff vorgearbeitet hat, ist damit zu rechnen, daß am 24. nur eine

kurze geschäftliche Plenarsitzung stattfinden wird und die Plenarverhandlungen erst am 2. Mai voll in Gang kommen werden.

Das Kriegsernährungsamt über die Nachprüfung auf dem Lande.

Im Kriegsernährungsamt teilt man mit, daß die Beschlagnahmen auf dem Lande bedeutende Ueberschüsse über die Bestandsangaben zutage gefördert haben, die ihr reichliches Teil zur ausreichenden Ernährung bis zur Ernte beitragen werden. Ob die Getreidevorräte nach den abgeschlossenen Beschlagnahmen wieder eine Vergrößerung der Protration gestatten, sei noch zweifelhaft, jedenfalls werde das Kriegsernährungsamt mit allen Kräften dafür sorgen, daß alle Vorräte für die menschliche Ernährung gesichert bleiben. Die Viehvorräte seien derart hoch, daß der Auftrieb an allen Viehhöfen zugenommen habe und die verkauften 500 Gramm ohne weiteres bis zur nächsten Ernte gewährleistet werden können.

Aufhebung der Klassenwahl in Hamburg.

Die Aufhebung des Klassenwahlrechts in Hamburg in Sicht. Der Senat unterbreitete der Bürgerkammer einen Antrag auf Einsetzung einer gemischten Kommission zur Beratung der Frage der Aufhebung des Klassenwahlrechts. Schon vorher hatte die bürgerliche Fraktion der vereinigten Liberalen mit den übrigen Fraktionen Zustimmung und in einer Kommission, in der jede der fünf Fraktionen durch je drei Mitglieder vertreten war, die Wahlrechtsfrage beraten. Es ergab sich, daß von keinem der fünfzehn Mitglieder der Kommission Widerspruch gegen die Aufhebung des Klassenwahlrechts erhoben wurde.

Die windigen Argumente der Junker.

Die konservative „Kreuzzeitung“ beschäftigt sich in ihrem letzten Wochenrückblick auch mit der preussischen Wahlreform. Dabei schreibt das Blatt u. a.:

„Wir sehen nicht an, zu erklären, daß wir die Auslieferung der Kirche und Schule der gesamten Verwaltung und der Staatsbetriebe, namentlich der Eisenbahnen an die Einwirkung eines auf der Grundlage breiterer Massenagitation gewählten Parlaments als unheilvoll und als den Untergang jeder berechtigten preussischen Eigenart ansehen würden. Was Preußen bisher geleistet hat, rechtfertigt keineswegs den Entschluß, die Grundlagen seiner Verfassung in dieser Weise umzustürzen und in ihr Gegenteil zu verkehren. Dazu kommt ein fast noch wichtiger Grund. Der Staatssekretäre führen die vom preussischen Staatsministerium instruierten Bundesratsstimmen. Das weiß eine Demokratie sehr wohl und darauf beruhen ganz besonders ihre dauernd gegen Preußen gerichteten Angriffe. Wird das preussische Abgeordnetenhaus so, wie es die Allerhöchste Hofkanzlei zum mindesten offen läßt, und wie es im Anschluß hieran stürmisch gefordert wird, vollständig auf den Boden des demokratischsten Wahlrechts der Welt gestellt, so geht auch der Saft verloren, den die Reichspolitik durch die Einwirkung Preußens bisher hatte.“

Wie windig diese Argumente der Junker sind, dafür zeugen die Verhältnisse in Baden und Württemberg, wo das Reichstagswahlrecht für die Landtagswahlen eingeführt ist, ohne daß auch nur im geringsten die von den Junkern vorgeschützten Befürchtungen sich erfüllt haben.

Ein anderes und wohl mit das gewichtigste Bedenken berichtigt die „Kreuzzeitung“, Herr v. Didenburg-Janschau hat es aber ausgesprochen: „Man darf den Selbstentwurf der besiegten Klassen nicht einem Parlament anstempeln, das auf dem Reichstagswahlrecht beruht.“

Im übrigen werden die preussischen Junker die Entwicklung nicht mehr aufhalten. Es ist eine absolute Lebensnotwendigkeit für das Deutsche Reich, daß Preußen in einen Volksstaat verwandelt wird.

Baden.

Zur Regelung des Kartoffelverbrauchs hat das Ministerium des Innern folgende neue Verordnung erlassen: Für die verjüngungsbedürftige Bevölkerung wird der zulässige Verbrauch an Kartoffeln für den Kopf und die Woche auf höchstens 5 Pfund festgelegt. Schwerarbeiter dürfen eine Zulage bis zu 5 Pfund in der Woche erhalten. Stets einem Bedarfsverband vorübergehend nicht ein solcher Kartoffelvorrat zur Verfügung, daß er unbedenklich 5 Pfund Kartoffeln wöchentlich an die Verjüngungsbedürftigen ausgeben kann, so ist die Abgabe von Kartoffeln auf 3 1/2 Pfund in der Woche zu erniedrigen. In diesem Falle sind den Vorkehrern von Kartoffelläden als Ersatz für die fehlenden 1 1/2 Pfund Kartoffeln 150 Gramm Mehl zu gewähren. Reicht auch der Mehlvorrat des Bedarfsverbandes für diese Ersatzleistung nicht aus, so soll Ersatz in anderen Erzeugnissen, insbesondere in 150 Gramm Grieß, Graupen, Gerste, Reiswaren oder Safersflocken gegeben werden. Zur verjüngungsbedürftigen Bevölkerung gehören nicht die Kartoffelerzeuger nebst den Angehörigen ihrer Wirtschaft, so lange sie Kartoffeln eigener Ernte verbrauchen. Diese dürfen für die Zeit vom 1. April 1917 bis zur neuen Ernte für den Kopf 90 Pfund Kartoffeln eigener Ernte verwenden. Diese Verordnung ist am 10. April in Kraft getreten.

bc. Forzheim, 16. April. Am Samstag wurden auf der Hildesheimer Friedhofstraße vier Kriegsgefangene Franzosen, welche aus dem Gefangenenlager in Tauberbischofsheim entwichen sind, festgenommen.

W.D. Freiburg, 16. April. (Nicht amtlich.) Die amtlichen Feststellungen haben ergeben, daß bei der hiesigen Sparkasse und der Reichsbankstelle Freiburg für den Bezirk der Stadt Freiburg auf die 6. Kriegsanleihe der Betrag von 45 Millionen Mark gezeichnet wurden gegen 40 Millionen bei der 5. und 34 Millionen bei der 4. Kriegsanleihe.

Seidelsberg, 17. April. In den Folgen einer schweren Verwundung ist Prof. Dr. Friedrich Saud gestorben. Er stand als Leutnant d. Res. im Feld und war mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet.

Die 6. Kriegsanleihe.

Karlsruhe, 16. April. Das vorläufige Ergebnis der bei den Karlsruher Banken gezeichneten Kriegsanleihe beläuft sich auf insgesamt 112 Millionen Mark, gegen 88 Millionen Mark bei der 5. Kriegsanleihe. Im einzelnen wurden gezeichnet: Bei Strauß u. Co. 17 Millionen, Karlsruher Lebensversicherung 22 1/2 Mill., Süddeutsche Distrikto-Gesellschaft Karlsruhe 4 1/2 Mill., Bauhaus Heinrich Müller 1 1/2 Mill., Abtische Kreditbank Karlsruhe 12

Mil. Badische Bank Karlsruhe 19 Mil., Bauhaus Zeit 2, Domburger 18 Mil., Städtische Sparkasse Karlsruhe 9 Mil., Vereinsbank Karlsruhe über 3 Millionen Mark.

Die Gesamtzeichnungen auf die sechste Kriegsanleihe bei der Stadt Sparkasse in Durlach betragen 8 043 000 M., davon sind 1 500 000 M. eigene Zeichnungen der Sparkasse.

St. Pforzheim, 17. April. Die Zeichnungen auf die 6. Kriegsanleihe belaufen sich am hiesigen Platz auf 18 601 000 M., wozu noch etwa 1/4 Millionen Mark kommen, welche bei hiesigen Vertretern auswärtiger Versicherungsgesellschaften gezeichnet wurden. Das Gesamtergebnis ist also weit über 19 Millionen, gegenüber 12 1/2 Millionen Mark bei der 5. Kriegsanleihe.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 17. April.

Die heimliche Lebensmittelversorgung.

Es hieß die Augen vor den Dingen der Wirklichkeit verschließen, wollte man leugnen, daß neben der öffentlichen Lebensmittelverteilung noch immer eine starke heimliche Versorgung stattfindet. Es gibt wohl keine Ware des täglichen Bedarfs, die nicht unter der Hand — zu fastigen Preisen natürlich — angeboten wird. „Schmuggelware“ heißt es in der Regel, aber in sehr vielen Fällen ist sie auf heimlichem Boden erzeugt und hat das Ausland gar nicht gesehen. Es gibt Leute, die ein Gewerbe aus dem wucherlichen Aufkauf und Handel mit einheimischen Lebensmitteln machen. Schon seit Wochen und Monaten mühen sich die Behörden ab, diesen „Landreisenden“ ihren Schmuggelhandel zu verkleiden. Der Erfolg ist bis jetzt nur zu einem Teil auf der Seite der Behörden, denn die „Landreisenden“ finden immer neue Mittel und Wege, Lebensmittel heranzuschaffen.

Mit solchem Beginnen können zwar auch viele Menschen ihre Nahrungsmittelfrage notdürftig lösen, es kommt aber darauf an, daß sie für alle gelöst wird. Der Schmuggelhandel ist für die Versorgung der Allgemeinheit zweifellos ein großes Hindernis. Es wäre jedoch ungerecht und verkehrt, wollte man den einzelnen Verbraucher, der seine einmal bemessene Kost durch kleine Gelegenheitskäufe zu bereichern sucht, verurteilen. Die Verschlagnahme kleiner Pakete mit winzigen Portionen Speck und Wurst hat daher durchaus keine Zustimmung gefunden. Gegen die scharfe Kontrolle des Reisegepäckes sind schon viele Stimmen laut geworden.

Auch bei der Bahnhofskontrolle werden meistens nur die kleinen Sünder gefaßt. Die großen Konjumenten, die auf eine gut ausgestattete Speisekammer auch jetzt noch nicht verzichten wollen, die außerdem auf den Preis nicht zu sehen brauchen, fahren nicht mit dem Handkofferchen Sonntags auf das Land, um einige Pfündchen Kartoffeln oder einige Käse zu holen, sie gehen großzügiger vor.

Die Beweise hat jeder selbst zur Hand in den Meldungen der Zeitungen, daß da und dort ein Landwirt so lange zugezogen wurde, bis er durch den gebotenen Preis zu dem gar nicht beabsichtigten Verkauf bestimmt wurde. Was auf diese Art in die Küchen und Keller der Wohlhabenden wandert, geht ins Ungeheure.

Der Schaden dieser Art des Handels liegt nicht allein darin, daß große Mengen Nahrungsmittel, die für die Allgemeinheit vorhanden sein müßten, nur an Bevorzugte gehen, er liegt vor allem in der unglücklichen Preissteigerung des Schmuggelhandels. Höchstpreise gibt es hier nicht, die Neigung der Landwirte, zu den Höchstpreisen zu verkaufen, ist daher auch sehr gering. Der Aufkäufer für die Verteilungsorganisation wird deshalb um so häufiger mit leeren Händen abgehen müssen, je öfter der Versuch kommt, der nicht so ängstlich ist und mit Trinkgeldern nicht spart.

Der Schmuggelhandel raubt die Nahrungsmittel der Allgemeinheit zu einem erheblichen Teil an sich, er wirkt auch die Anfänge einer Organisation der Verteilung um. Seine Beseitigung kann aber nicht erreicht werden durch die Verschlagnahme armeneliger Sonderpakete. Es muß tiefer gegangen werden, bis zu den Vorräten der Erzeuger. Hier muß mit eiserner Energie zugegriffen werden.

Musterung. Vom Donnerstag, 19. April bis Donnerstag, 10. Mai ds. Js. finden wieder Musterungen von Landsturmpflichtigen im Saale der „Stadtgartenwirtschaft“ statt.

Es haben zu erscheinen: Sämtliche Landsturmpflichtige des Geburtsjahres 1899, sowie die bisher zurückgestellten Landsturmpflichtigen des Geburtsjahres 1898, welche als letzten Vermerk die Entscheidung zurück, zeitig arbeitsverwendungsfähig, zeitig kriegsunfähig, zeitig untauglich erhalten oder für ein Jahr und weniger zurückgestellt wurden, und zwar 1. aus den Landgemeinden vom 19. bis 23. April und 2. aus der Stadt Karlsruhe vom 24. April bis 10. Mai. Man beachte die Plakate und Bekanntmachungen.

Das Kolloseum wartet seit gestern abend wieder mit einem neuen Programm auf, das sehenswerte Nummern enthält. Insbesondere wird der Altitalienische „Willy der hübsche Mann“ zweifellos viel Beachtung geschenkt werden. Er führt seine Produktion mit viel Witz und Waghalsigkeit aus und weiß das Publikum auf das Beste zu unterhalten. Ferner steht aus dem Gebotenen Hanni Garden als Künstlerin am Trapez hervor, ein Abbild von Schönheit und Kraft, das man in dieser Vollendung wenig zu sehen bekommt. Besonders reichhaltig ist das diesmalige Programm: an komischen Nummern, u. a. Iron und Max und Tato und Man, bei denen nur die Uebereinstimmung einzelner Tricke während wirkt. Als ferische Nummer mit feiner Arbeit darf die Sport-Reinheit der Geisler, Kutter bezeichnet werden. Schließlich treten noch auf Luise Geisler als Keulenwingerin und atrob. Tänzerin, sowie Segali als Charakterdarsteller, deren Darbietungen ebenfalls vielfach aufgemommen wurden.

Paketüberweisungsverkehr über die Schweiz an Kriegsgesangene in Frankreich. Im Anschluß an die vor einigen Tagen erschienene Notiz macht uns das Nachrichtenbüro für das neutrale Ausland, Jähringerstraße 98 hier, darauf aufmerksam, daß obiges Büro für den Ueberweisungsverkehr der genannten Serienpakete an Kriegsgefangene in Frankreich als erste Stelle für den Bezirk Karlsruhe in Betracht kommt. Die Pakete haben in letzter Zeit einige Umänderungen erfahren. Die Preise und Zusammenstellung derselben sind auf dem Büro während der Geschäftsstunden einzusehen.

„Der Dins“. Die Spielleitung des feldgrauen Spiels „Der Dins“ teilt mit, daß am Donnerstag, 19. April, abends 8 Uhr, eine ungekürzte Volksvorstellung zu ganz bedeutend ermäßigten Preisen stattfindet. Preise der Plätze: Parquet 1 Mk., Galerie 50 Pf., inklusive Garderobeabgabe.

Letzte Nachrichten.

Von der 6. Kriegsanleihe.

WB. Berlin. Die Zeichnungen auf die 6. Kriegsanleihe haben bei den 14 Groß-Berliner Gemeindef- und Kreisparlaments zusammen 147,7 Millionen Mark ergeben.

Arbeiterstreiks in Berlin.

WB. Berlin, 16. April. In einem Teile der Metall-, Holz- und Transportbetriebe Groß-Berlins ist heute die Arbeit eingestellt worden. In anderen Betrieben dieser Art und insbesondere in den großen Munitionsfabriken wird ohne Störung vollständig gearbeitet. Der geschäftliche Verkehr Groß-Berlins wird durch diese vereinzelten Arbeitseinstellungen in keiner Weise berührt. Auch Hochbahn und Straßenbahn verkehren völlig planmäßig, so daß das Berliner Straßenbild keine Aenderung aufweist.

Berlin, 16. April. (WB. Nicht amtlich.) Die von den Berliner Metallarbeitern für heute beschlossene Arbeitsniederlegung in Groß-Berlin ist nur zum Teil zur Durchführung gekommen und wohl erheblich hinter den Erwartungen der Veranstalter zurückgeblieben. Es haben an ihr nur ungefähr 125 000 Arbeiter teilgenommen. Viele von ihnen sogar erst nach Ableistung der Frühpflicht. Die im Laufe des Vormittags abgehaltenen Werkstatteversammlungen zeigten eine im Verhältnis zur Zahl der Anwesenden recht geringe Beteiligung. Dasselbe gilt auch im allgemeinen von den Straßenamteilungen, die sich im Anschluß daran bildeten und durchweg bald zur Auflösung kamen, jedoch das Straßenbild namentlich im Innern der Stadt fast gar keine Veränderung erlitt.

Die Untersuchung gegen den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch.

WB. Berlin. Zur Untersuchung gegen den Großfürsten Nikolai wegen seiner Niederlage an der mairischen Seenplatte im September 1914 heißt es in der „Vossischen Zeitung“: Man darf darin wohl den Versuch erblicken, den noch immer gefürchteten Einfluß des Großfürsten auf die Truppen in schädlich zu machen.

Ein Aufruf Wilsons an die Amerikaner.

Washington, 15. April. (Reuter.) Wilson hat folgenden Aufruf an die Amerikaner gerichtet: Mitbürger! Der Eintritt unseres Vaterlandes in den grausamen, schrecklichen Krieg für Demokratie und Menschenrechte, der die Welt erschüttert hat, bringt für das Leben und die Handlungen der Nation soviel Probleme mit sich, die sofortige Erwägung und Erledigung erheischen, daß ich hoffe, daß Ihr mir gestattet werdet, einige ernste Rathschläge und Ermahnungen an Euch zu richten. Wir bringen unsere Flotte in aller Eile auf Kriegsstärke und sind im Begriffe, eine große Armee aufzustellen und auszurüsten. Aber das sind nur Teile der großen Aufgabe, der wir uns gewidmet haben. Der Sache, für die wir kämpfen, haftet, soviel ich sehen kann, nicht ein einziges selbstsüchtiges Element an (?). Wir kämpfen, wie wir glauben und wünschen, für die Rechte der Menschlichkeit und den zukünftigen Frieden und die Sicherheit der

Welt. Um diese große Sache würdig und erfolgreich durchzuführen, müssen wir uns ohne Rücksicht auf Gewinn und materiellen Vorteil (?) und mit Energie und Klugheit, die hinter der Größe des Unternehmens nicht zurückbleiben dürfen, in den Dienst der Sache stellen. Wir müssen uns völlig darüber klar werden, wie groß diese Aufgabe ist und was sie an unsere Fähigkeit und Opferbereitschaft für Anforderungen stellt. Folgende sind die Dinge, die wir in dem Kampfe vollbringen und gut vollbringen müssen und ohne die der Kampf vergeblich ist. Wir müssen Lebensmittel im Ueberfluß beschaffen, nicht nur für uns selbst und unsere Armee und Seelute, sondern auch für einen großen Teil der Völker, mit denen wir jetzt gemeinsame Sache gemacht haben und mit deren Unterstützung und an deren Seite wir kämpfen werden. Unsere Schiffswerften müssen Schiffe zu Hunderten herstellen, die trotz der U-Boote den täglichen Bedarf nach der anderen Küste des Ozeans bringen und unsere Felder, Bergwerke und Fabriken müssen Material in Hülle und Fülle beschaffen, um unsere eigenen Land- und Seestreitkräfte zum Kriege auszurüsten und gleichzeitig unser Volk, für das die tapferen Männer, die unter den Waffen stehen, nicht länger arbeiten können, mit dem Nötigen zu versorgen. Wir müssen die Armen in Europa, denen wir zur Seite stehen, auszurüsten helfen und die Webstühle und Fabriken in Europa mit Rohmaterialien versorgen. Wir müssen Kohlen für die Schiffe auf der See und für Hunderte von Fabriken jenseits des Meeres beschaffen, für Stahl sorgen, aus dem drüben Waffen und Munition hergestellt werden und für Eisenbahnlokomotiven für die ausgefahrenen Eisenbahnen hinter der Front, für Lokomotiven und Eisenbahnwagen zum Ersatz des Materials, das täglich zerstört wird, für Maultiere, Pferde und Rinder, alles, womit die Völker Frankreich, Italien und Rußland sich sonst selbst versorgt haben, zu dessen Erzeugung sie aber jetzt nicht genug Material und Maschinen verfügbar haben. Das Hauptergebnis unseres eigenen Volkes und der Völker, mit denen wir zusammengehen, ist eine reichliche Versorgung namentlich mit Lebensmitteln. Die Wichtigkeit einer ausreichenden Lebensmittelversorgung im heutigen Kriege steht an erster Stelle. Ohne reichliche Nahrungsmittel für die Armee und die Völker, die jetzt im Kriege sind, würde das ganze große Unternehmen, dem wir uns angeschlossen haben, zusammenbrechen und fehlschlagen. Die Lebensmittelreserven der Welt sind gering. Nicht nur während der jetzigen schwierigen Lage, sondern auch für einige Zeit nach dem Kriege müssen wir, unser eigenes Volk und ein großer Teil der Völker Europas, auf die amerikanische Ernte rechnen können. Von den Farmern dieses Landes hängt deshalb in großem Maße das Schicksal des Krieges und das Schicksal der Völker ab. Die Zeit ist kurz und es ist von der allergrößten Wichtigkeit, daß alles getan wird und sofort getan wird, um für große Ernten zu sorgen. Ich appelliere an die jungen und alten Männer und die arbeitsfähigen Frauen, sich in Scharen der Landarbeit zuzuwenden, damit bei dieser großen Sache keine Mühe und Arbeit gespart bleibt. Ich appelliere besonders an die Farmer im Süden, große Mengen von Getreide und Baumwolle anzubauen. Sie können ihren Patriotismus in keiner besseren und überzeugenderen Weise zeigen, als indem sie der großen Versuchung der gegenwertigen Baumwollpreise widerstehen und in großzügiger Weise die Nation und alle die Völker ernähren helfen, die für ihre Freiheit und ihr Hab und Gut kämpfen. Die Gelegenheit, die Kraft einer großen Demokratie zu zeigen, ist für uns gekommen und wir werden ihr gewachsen sein. Den Zwischenhändlern rufe ich zu: Ihr habt Gelegenheit, wichtige und uneigennütige Dienste zu leisten. Die Augen des Landes werden auf Euch gerichtet sein. Das Land erwartet von Euch, wie von allen anderen, daß Ihr auf die übrigen Gewinne verzichtet und die Verschöpfung von Vorräten aller Art und besonders von Nahrungsmitteln organisiert und fördert. Den Männern, die die Eisenbahnen des Landes betreiben, sage ich, daß auf ihnen die riesige Verantwortung ruht, danach zu sehen, daß die Lebensbedürfnisse des Landes nicht verzagen. Den Kaufleuten möchte ich das Motto: „Meine Gewinne und rasche Bedienung“ anempfehlen und den Schiffbauern möchte ich ans Herz legen, daß Leben und Sicherheit von ihnen abhängen, Lebensmittel und Kriegsmaterial müssen über die See gebracht werden ohne Rücksicht darauf, wie viele Schiffe versenkt werden. Die Schiffe, die verloren gehen, müssen ersetzt und sofort ersetzt werden. Dem Geldmann rufe ich zu, daß Armee und Staatsmänner hilflos sind, wenn er nachlässig ist oder versäumt. Den Munitionsfabrikanten rufe ich zu, daß die Nation von ihnen erwartet, daß sie alle Zweige der Fabrikation beschleunigen und vervollkommen und den Angeestellten, daß jeder Mensch, der sein Land und dessen Freiheit liebt, auf ihre Dienste rechnet. Zum Schluß fordere Wilson auf, parat zu sein und sich einzufächeln.

Verantwortlich für Politik, Kriegs- und Nachrichten und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Kabel; für die Ankerate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Papiersammlung Oststadt

Morgen Mittwoch und die folgenden Tage wird in der Oststadt gesammelt. :: ::

Vereinsbank Karlsruhe

e. G. m. b. H.

Wir bitten um Einreichung der Einlagebücher zur Abrechnung. Die Dividende auf die vollen Geschäftsanteile kann an unserer Kuponkasse in Empfang genommen werden.

Der Vorstand. 1178

Geschäfts-Empfehlung.

Mache meine werke Kundenschaft darauf aufmerksam, daß ich mein Geschäft von Schützenstraße 38 nach

Schützenstraße 38

verlegt habe. — Empfehle mich auch zugleich auf Maharbeit sowie auf ganze Sohlen.

H. Guntel, Schuhmacher. 1286

Zwei tüchtige Eisendreher

für Akkordarbeit gesucht. 1240

Kost wird gegeben.

G. H. Stuhlmüller, Maschinenfabrik Heidelberg bei Bruchsal.

Tüchtige Dreher und Mechaniker gesucht.

Maschinenfabrik Peter Palm, Karlsruhe, Durlacherallee 43. 1288

Junge Mädchen

finden dauernde Beschäftigung bei

H. Braun & Co., Karlsruhe, Waldstr. 28.

Aufruf!

Die bereits bekannt gegeben, wird in hiesiger Stadt vom **Mittwoch, den 18. April** ab wieder eine

Papier-Sammlung

veranstaltet.

Es wird dringend gebeten, alles

Zeitungs-Papier

das als Ersatz zur Füllung von Säcken, Kisten und Beden für unsere Truppen dienen soll, ferner alles

Alt-Papier

(gebundene oder ungebundene Bücher, Zeitschriften, Schulhefte, Papp, Dachpapier, auch alte Akten, die unter Verschluss gehalten und unter unserer Aufsicht eingestampft werden), das zur Wiederverwertung als Papier verarbeitet wird, sowie alle sonstigen

Alt-Materialien

(Stoffabfälle, Lumpen, Altmetall und dergl. mehr) in den Haushaltungen zu sammeln und bereit stellen zu wollen, damit die Abholung ohne Zeitverlust erfolgen kann.

Die Wagen, mit denen das Papier abgeholt wird, sind durch rote Kreuz-Bahnen kenntlich gemacht. Freie Kranenpfleger, Soldaten und Schüler der oberen Anstalten werden in den Haushaltungen anfragen und das bereitgestellte Papier entgegennehmen.

In unserer Sammelstelle Stefaniensstraße 76 (Hof) können Altmaterialien usw. jederzeit abgeliefert werden, während der allgemeinen Straßenreinigung können dagegen kleinere Posten wegen Personemangel nicht mehr abgeholt werden.

Alle Haushaltungsvorstände werden herzlich um ihre tatkräftige Unterstützung gebeten, damit auf diese Weise weitere Mittel für die fortdauernd großen Aufgaben und Aufwendungen der freiwilligen Liebestätigkeit im Kriege gewonnen werden können.

Der Ortsausschuß für Liebesgaben-Sammlungen in der Stadt Karlsruhe.

Städt. Konzerthaus

Ab 8. April tägl. abends 7 1/2 Uhr, Sonntags 2 Auführungen: nachmittags 3 1/2, und abends 7 1/2 Uhr

„Der Hias“

Ein feldgraues Spiel mit Film in 3 Akten. von Heinrich Gilardone
Spielleitung: Leutnant Semper-Schmidt und H. Weichand.

Zugunsten der Kriegsvorsorge!

Bisher über **RM. 500 000** abgeführt! 1117

Vorverkauf: Militärenthandlung, Friedrich Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstr., von 9-11 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm. (Fernsp. 388)

Preise der Plätze einschließlich Kleiderablage: 4.20, 3.20, 2.20, 1.20, 0.80 Mark.

Die **Feldgrauen** für die **Feldgrauen!**

Wer Gold bringt erhält einen Freiplatz!

Todes-Anzeige.

Verwandten und Bekannten die tiefschmerzliche Mitteilung, daß heute morgen halb 2 Uhr mein lieber Mann, der herzensgute Vater meines Kindes

Franz Xaver Eberhardt

Schriftfeger

nach langem Leiden im 93. Lebensjahre sanft verschieden ist.

Karlsruhe, den 16. April 1917. 1285

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Babette Eberhardt geb. Schmidt und Kind.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 18. April nachmittags 6 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt. Trauerhaus: Wilhelmstraße 70 1.

Trauerhüte

in grosser Auswahl

L. Weingand, Karlsruhe - Mühlburg
gegenüber der katholischen Kirche. 103



P.T. P.T.

Palast-Theater

Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11

Alleinige Erstaufführung!

„Mirko Pasqua“

Tragödien der Zeit in 6 Akten.
Verfasser und Spielleiter: **Paul von Woringen** mit

Lotte Neumann

in der Hauptrolle.

„Moritz und die Krawattennadel“
Lustspiel in einem Akt.

„Sie wollten so gerne in den Zirkus“
Humor in einem Akt.

Ausser dem reichhaltigen Programm einige Extra-Einlagen.

Die ruhigeren Nachmittags-Vorstellungen werden dem geehrten Publikum als besonders genussreich empfohlen. 1175

Zu diesem reichhaltigen Programm haben Vorzugskarten **nur an Wochentagen Gültigkeit.**

Zum gef. Besuche ladet ergebenst ein
Fr. Schulten.

Palast-Theater Herrenstr. 11
1/2 Minute von der Elektr. Haltestelle **Herrenstrasse**

Zur gef. Bedienung zum Ausschneiden. 1219

Vorzugskarte:

Inhaber dieser Karte zahlt gegen Vorzeigen derselben an obiger Theaterkasse folgende Eintrittspreise:
2. Platz 25 Pfg., 1. Platz 40 Pfg., Balkon 60 Pfg., Sperrsitze 80 Pfg., Balkonloge 1 Mk., Fremdenloge 1.50 Mk.



Residenz-Theater, Waldstrasse

Nur drei Tage
Ab Mittwoch, den 18. bis einschl. Freitag, den 20. April

Aus der afrikanischen Wildniss

Jagd- und Reisetudien des Forschungsreisenden **Robert Schumann** mit jeweiligem erklärenden Vortrag.

Zu diesen Vorstellungen hat die Jugend von 2 bis 6 Uhr nachmittags Zutritt.

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstr. 34, 1 St.

Fadenkleider **45.75** an
Kleiderstoffe **49.75** an
Schwarze Jaden **19.75** an
Schwarze Mäntel **39.75** an
Frühjahrmäntel **19.75** an
Altpfandmäntel **14.75** an
Wasserdichte Nipsmäntel **11.50** an
Weisse, schwarze u. farbige Blusen in allen Preislagen
Lobennmäntel und Pelserinen für Damen und Herren.
Keine Ladenspesen.

Wannborg-Harmoniums

empfiehlt 1216
der Alleinverreter für Karlsruhe und Umgebung
Ludwig Schweisgut
Hoflieferant
4 Erbprinzenstrasse 4

Nächste Woche garantiert 27. April Ziehung

Badische Krieger-Geld-Lotterie.

3228 Geldgewinne und 1 Prämie bar

37 000 Mk.
Hauptgewinn ev.

15 000 Mk.
3327 Geldgewinne

22 000 Mk.
Lose à 1 Mk., 11 Lose 10 M. Porto und Liste 30 Pfg. empfiehlt Lotterie-Untern.

J. Stürmer
Strasbourg i. E., Langstraße 107.
Filiale Kohl u. Hh., Hauptstr.

Franz Pecher
Karlsruhe, Kaiserstr. 78.
Carl Götz, Hebelstr. 11/15.

Erd-, Straßen- und Bauhandarbeiter

in unbefränkter Zahl, unter Ausschluß von landwirtschaftlichen Arbeitern, bei freier Verpflegung und Befreiung vom Hilfsdienst sofort gesucht.

Näheres Baubüro Lorettostr. 33, Freiburg i. Br. 1216

Zimmerpolier

elbständig auf Verfaß und Treppendbau, sowie

3 bis 4 Zimmerleute

für dauernd gesucht.

Josef Held

Baugeschäft 789
Südenstraße 24.

Korsetten Korsetten gut und billig, auch Kinderleichen, direkt aus der Fabrik. 1230 Kaiserstr. 17, part.

Wir suchen eine zuverlässige

Zeitungsträgerin

zum sofortigen Eintritt.
Geschäftsstelle des „Volksfreund“, Luisenstraße 24, Karlsruhe.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheanträge. Emil Roth von hier, Maier hier, mit Maria Reupold, Witwe, von Sulzbach. Josef Schurenberger von Freiburg, Bankbeamter in Zuffenhausen, mit Paula Rauch von hier.

Eheschließungen. Wilhelm Hug von Dagerlen, Wafäine, Schlosser hier, mit Emma Weh von Stetten. Max Thielbeer von Neudorf, Schlossermeister hier, mit Selma Strömer von Neudorf. Franz Knapp von hier, Ingenieur hier, mit Lina Weh von hier. Karl Arnold von Mainz, Kaufmann alda, mit Rosa Mayer von Rheinfelden. Eugen Gliaz von Philippsburg, Hofkammer hier, mit Emma Leitmann von Saigau. Jakob Schumacher von Pfalzstadt, Kaufmann alda, mit Josefa Scheren von Röhle. Gottfried Sannwald von Sulzbach, Fabrikarbeiter hier, mit Margarete Rothfuß, Witwe, von Mannheim.

Todesfälle. Anna, 3 Mon. 8 Tage alt, B. Wilhelm Knapp, Händler, Bad. Mündler, Lehramtskandidat, 15 J. alt, Karoline Eisele, 6 J. alt, Witwe von Friedrich Eisele, Bäcker. Pauline Dörfer, Köchin, 61 J. alt, Luise Stettler, ohne Gewerbe, ledig, 19 J. alt. Emma Aisch, 13 J. alt, B. Max Aisch, Metzgermeister.